

In Europa hat sich daher verschärft, auch wenn wir das Moratorium erhalten sollten.

Mussolinis Antwort an Hoover. — Herzliche Zustimmung.

Rom, 24. Juni. Ministerpräsident Mussolini hat auf Grund des Vorschages des Präsidenten Hoover dem italienischen Botschafter in Washington das folgende Telegramm übermittelt:

Ich bitte Euer Exzellenz, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, daß ich den Vorschlag des Präsidenten Hoover über die vollständige Einstellung der Schuldenzahlungen der Regierungen während eines Jahres geprüft habe.

Dieser Vorschlag legt Italien erhebliche Opfer auf; aber ich habe mich nach reiflicher Überlegung entschlossen, ihm grundsätzlich meine herzliche Zustimmung zu erteilen. Ich behalte mir vor, der dortigen Regierung binnen kurzem einige Bemerkungen zugehen zu lassen, die dahin zielen, eine zugleich gerechte und praktische Anwendung der glücklichen Initiative der amerikanischen Regierung sicherzustellen, wie dies gewiß im Sinne des Vorschages des Präsidenten liegt. Ich begrüßtwünsche mich dazu, daß die Initiative des Präsidenten, deren hohe moralische Bedeutung vom italienischen Volke voll gewürdigt wird, eine Periode wärmlicher Zusammenarbeit zwischen den Völkern eröffnen kann, eine Zusammenarbeit, die überaus notwendig ist im gegenwärtigen Augenblick allgemeiner Schwierigkeiten und am Vorabend der Abrüstungskonferenz.

Stimson optimistisch.

Washington, 25. Juni. (Drahib.) Staatssekretär Stimson war nach den gestrigen Verhandlungen im Weißen Hause über die Gegenvorschläge Frankreichs äußerst optimistisch. Was die Antwort Italiens zum Vorschlag Hoovers betrifft, so erfolgte diese ohne irgendwelche Vorbehalte politischer Natur. Wie der amerikanische Botschafter in Rom meldet, wünscht Mussolini lediglich die Einzelheiten der Durchführung des Planes genauer zu prüfen.

Amerika feiert Hoover.

London, 24. Juni. Ein Bericht des Washingtoner Korrespondenten der Times beschreibt sich eingehend mit den innerpolitischen Erwägungen in Amerika, die zu dem Hooverplan führten und dessen Folgen. Die bisherige Unbeliebtheit des Präsidenten sei vollständig in das Gegenteil umgeschlagen; von den deutschen Elementen in den Vereinigten Staaten ließen Tausende von Beispielsbriefen bei der republikanischen Parteiorganisation ein, nachdem erst noch vor zehn Tagen die Zentrale der Republikanischen Partei berichtet hatte, daß Illinois wegen der deutschen Stimmen so gut wie sicher für die Republikaner verloren sei. Auch bei den Gegnern der Prohibition sei ein Umschwung zugunsten Hoovers eingetreten. Die Demokraten erkennen an, daß ihre Aussichten für die Präsidentenwahl sich ganz wesentlich verringert hätten. Die Regierung wisse, daß irgendwelche Verzögerungen in der Annahme des Hooverplanes einen Rückschlag bringen müßten. Die New Yorker Bankiers, die seit Wochen Hoover gedrängt hätten, Europa zu Hilfe zu kommen, hätten alles getan, um ihre Zusagen zu verwirklichen. Wenn jedoch die europäischen Regierungen nicht schnell handelten, so bestünde die Gefahr einer Reaktion. Hieraus erkläre sich der Wunsch Hoovers, seinen Plan so schnell wie möglich anzunehmen zu sehen.

Ein Angestellter des französischen Außenministeriums verhaftet.

Paris, 25. Juni. (Drahib.) Nach dem Journal sollen nach mehrfacher Überwachung ein Angestellter des französischen Außenministeriums und zwei Personen verhaftet worden sein. Der Angestellte soll seit langem den beiden anderen Verhafteten offizielle Geheimtelegramme in Abschriften ausgehändigt haben. Weitere Verhaftungen in dieser Angelegenheit, die geheimgehalten werden sollen, sind den bevor.

Nene französische Geldabziehungen, aber auch weiteres Devisenangebot.

Es ereignete am Mittwoch an der Berliner Börse peinliches Aufsehen, als bekannt wurde, daß in einem Augenblitc, in dem sich die ganze Welt mit dem Moratoriumsvorschlag Hoovers beschäftigt, französische Banken von neuem Geldabzüglichungen und Kündigungen von Krembosekrediten in Deutschland vornahmen. Die Unsicherheit über die Haltung Frankreichs hat auch die in den letzten Tagen zu beobachtende Prolongierung anderer Auslandsgelder in Deutschland und den Bezugspunkt von Auslandsgeldern nach Deutschland verlängert. Es spricht manches dafür, daß Paris wieder einmal einen Druck auf die deutsche Devisenlage auszuüben versucht, indem es Gelder aus europäischen Ländern zurückzieht, um diese Länder dazu zu zwingen, ihrerseits Geldabzüglichungen in Deutschland vorzunehmen. Wenngleich nun am Berliner Devisenmarkt die Nachfrage wieder zugenommen hat, so wurde diese Nachfrage doch durch neues Angebot aus gelöscherten, auf Vorrat getauften Devisenbeständen befriedigt, so daß die Reichsbank nur kleinere Spesenbeiträge in Dollars bezugnehmen mußte. Damit stieg der Dollar wieder auf 4.2120, das englische Pfund auf 20,495, die Devisenturste sind damit wieder an den oberen Goldpunkt herangegangen. Man muß dabei berücksichtigen, daß französische Krembosekredite in Deutschland bis in den August hinein noch laufen. Dadurch kommt ein gewisser Unsicherheitsfaktor in den deutschen Devisenmarkt, wenngleich die Entspannung fortsetzt. Eine Annahme der Vorschläge Hoovers würde die Entspannung vervollständigen. In den Abendstunden des Mittwoch war der Dollar wieder etwas niedriger, er blieb mit 4.2115 angeboten.

Die Frage der Kredithilfe für Deutschland.

Newport, 24. Juni. (Drahib.) "Associated Press" meldet aus Washington, daß amerikanische Finanzkreise wegen der erneuten Konferenzen zwischen Beamten des Schamamis und des Federal Reserve-Board ein internationales Kreditkonsortium zur Erleichterung der Wirtschaftslage Deutschlands erwarten.

Owwohl die Beamten es ablehnten, Einzelheiten über die obenerwähnten Verhandlungen zu geben, wurde der Zweck der Konferenzen jedoch klar angekündigt; u. a. ist erklärt worden, daß eine formelle Ankündigung eines solchen internationalen Kreditarrangements nicht vor Ende des Monats zu

erwartet sei. Der stellvertretende Schamamisleiter Mills hatte heute wiederum mit Hoover und dem Gouverneur des Federal Reserve-Board eine Verhandlung. Der Schamamisleiter betonte bereits, daß irgendein Kreditarrangement von dem von Hoover vorgeschlagenen Moratorium völlig unabhängig sei.

Die gut gerüstete Reichsbank.

Kreditkonkurrenz der Reichsbank in New York.

Trotz der Entspannung am Devisenmarkt, trotz der Scholung der Mark besteht immer noch die Gefahr, daß die Reichsbank zum Juillettermin durch starke Deinpruchnahme der Banknoten genötigt sein könnte, die Minimal-Ratenbedingung von 40 p.Ct. zu unterschreiten. Nach Parag. 20 des Gesetzes muß die Reichsbank bei einer Deckung des Notenmarktes durch Gold und Devisen unter 40 bis 37 p.Ct. ihren Diskontsatz auf mindestens 8 p.Ct. erhöhen. Von New York aus, hat man schon in den letzten Tagen der Reichsbank nahegelegt, sich für alle Fälle einen größeren Kreditkonkurrenz bei der New Yorker Bundesreservebank zu verschaffen. Die Reichsbank betont, daß sie derartige Kreditkonkurrenz nicht in Anspruch genommen habe. Die New Yorker Bundesreservebank hat jetzt von neuem erklärt, daß der Reichsbank jederzeit ein Kreditkonkurrenz zur Verfügung stehe, doch habe die Reichsbank bisher um einen derartigen Kredit nicht nachgefragt. Im mitschließenden Berliner Finanzkreis glaubt man, daß die Reichsbank, um für alle Fälle gerüstet zu sein, Vorbereitungen über einen Kreditkonkurrenz mit der Bundesreservebank in New York geführt hat, die Reichsbank hofft aber allem Anschein nach, daß weitere Herauskommen von Devisen werde die Deinpruchnahme eines Kreditkonkurrenz in New York unnötig machen, zumal die Banknoten schon seit langem für den Juillettermin vorgesorgt hat und die milde gehandhabten Restriktionen Wechsel, die der Finanzierung von Devisentäufen dienen, der Reichsbank fernbleiben. Das eine kann jedenfalls als feststehend angenommen werden: eine weitere Diskonterhöhung der Reichsbank wird unter allen Umständen vermieden werden.

100 Millionen Dollar Überbrückungskredit für die Reichsbank?

Berlin, 25. Juni. Aus London liegen Privatnachrichten vor, wonach die Bank von England, die Bank von Frankreich, die Federal Reservebank und die B.I.B. der Reichsbank gemeinsam einen zweirohdigen Kredit von 100 Millionen Dollar zur Überbrückung des Ultimos geben sollen. Man will auch wissen, daß die vier beteiligenden Banken zu gleichen Teilen beteiligt seien und daß der Kredit bis zum 16. Juli läuft.

Sozialdemokratische Attacke auf die Hoover-Millionen.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Herr Breitscheid, hatte am Dienstag einen Brief an den Reichsfinanzminister Brünning gerichtet, worin er gewisse Forderungen im Hinblick auf die zu erwartenden "Erleichterungen" stellt, die in Verbindung mit dem Moratoriumsplan des Präsidenten Hoover zu erwarten seien. Keine 24 Stunden nach Veröffentlichung dieses Briefes, der u. a. die Forderung enthält, der Kanzler möchte sich mit den sozialdemokratischen Führern über eine Abänderung der Notverordnung in Verbindung setzen, meßt das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei in Berlin, der "Vorwärts", mitzuteilen, daß die Partei in ihrem Kampf um die Abänderung der Notverordnung bereits einen beachtlichen Erfolg gezeigt habe.

Der Vorstoß der Sozialdemokratie gegen die Notverordnung war zu erwarten. Bei dem Sturm, der sich ob dieser Verordnung ententhalben in der Bevölkerung gezeigt hatte, konnte die Sozialdemokratie um so weniger von einer Aktion Abstand nehmen, als sie ja auf ihre eigenen Wähler und nicht zuletzt auf die wachsende Linksopposition in der Partei selbst Rücksicht nehmen mußte. Sie war gezwungen, etwas zu tun, und vor wenigen Tagen hatte sie eine Art Notruf ausgestoßen und in ihren Blättern die Wählerschaft beschworen, doch ja nicht zu glauben, daß die Partei Schuld an dem Zustandekommen der Notverordnung hätte. Wer sich entzündigt, der klagt sich an, das gilt auch hier, obwohl man verstehen kann, daß eine Partei in einer solchen Lage nervös wird. Bei diesem Hilferuf konnte es aber nicht bleiben. Die Partei mußte handeln, und so ging sie vor in einem Augenblick, da die Reichsregierung gerade wegen der internationalen Entwicklung im Zusammenhang mit dem Hoover-Plan innerpolitisch eine ganz natürliche Schwäche aufwies.

Und was wollen die Sozialdemokratien? Es zeugt von wenig staatspolitischem Verständnis, daß heute, bevor noch feststeht, ob der Hoover-Plan überhaupt in seiner ursprünglichen Form Wirksamkeit werden wird, in einem Augenblick, da sich noch alles im Fluß befindet und wir sehr wohl wissen, daß wir keine 1500 Millionen, keine 1100, sondern wahrscheinlich nur 900 Millionen für dieses Etatsjahr weniger auszugeben haben, von einer Partei ein Votbstich auf die "glückliche Wendung" gefeuert und darüber hinaus ein Angriff gegen die voraussichtlich zu erwartenden Summen unternommen wird, mit dem einzigen Zweck, sie zu überpulvern. Denn das, was die Sozialdemokratie mit der Abänderung der Notverordnung bezweckt, das ist keine Erleichterung organischer Natur, das ist eine einseitige parteipolitische Spekulation, das ist eine Sozialisierung der Notverordnung, die mit "sozial" nicht das Gleiche zu tun hat. Was die SPD als Abänderung der Notverordnung fordert, das ist für die Mehrzahl der Bevölkerung eine Verschlechterung, das ist eine Herausgabe, eine Spekulation auf Gelder, die wir überhaupt noch gar nicht haben.

Erwerbslosenunterstützung für Jugendliche.

Berlin, 24. Juni. Eine der drückendsten Abbaubestimmungen in der jüngsten Notverordnung war die über die Erwerbslosenunterstützung der Jugendlichen unter 21 Jahren. Diese Bestimmung war in der Deutlichkeit verschieden ausgesetzt worden. Zeigte man sie so auf, daß die Jugendlichen überhaupt keinen Kreditsanspruch haben sollten, teile so, daß sie nur im Falle der Bedürftigkeit Unterstützung bekommen sollten, und zwar nur zu den niedrigsten Sätzen des Wohlfahrtsplans. Die sozialdemokratische Reichsregierung hat daher, wie das Nachrichtenbüro des B.D.Z. hört, in Verhandlungen mit der Reichsregierung veranlaßt, daß das Reichsarbeitsministerium in einer Anzeitung an die Arbeitsämter eine authentische Interpretation dieser Bestimmung gibt. Darauf sollen die Jugendlichen noch wie vor erwerbslosenunterstützungberechtigt

sein, nur werden abweichend von der bisherigen Regelung, die Unterstützungen nur bei "Bedürftigkeit" gewährt. Verhandlungen über weitere Unterstützungen der Arbeitsförderung, die zum Teil voraussichtlich nicht ohne eine materielle Verbesserung des Moratoriums möglich sein werden, stehen, wie wir hören, unmittelbar noch beim Vorliegen der französischen Antwort auf das Angebot Hoovers.

Hugenbergs zweite Warnung 1929.

In der Politik vergibt man schnell, besonders aber auch in den politischen Kreisen, die vor der Vergangenheit ihrer Zeitgenossen ihr Leben stricken. — So wird es jetzt als besondere Verdienst der Reichsregierung bezeichnet, daß sie und ihre Freunde den Amerikanern zum erstenmal vorgemacht habe, wie schlimm es mit Deutschland steht, welche schwere internationale Folgen ein deutscher Zusammenbruch noch sich zeigen würde. Dieser den Realpolitikern zuhören eingesetzte Wein hätte endlich die Wandlung herbeigeführt; man müsse eben offen sein und den Mut zur Wahrheit haben, dann...

Vor über zwei Jahren schon machte Hugenberg die Amerikaner auf die kommende Katastrophe aufmerksam und verlor seine Befinnung und Vernunft. Vor zwei Jahren schon brachte Hugenberg jenen

Mut zur Offenheit

auf, der damals aber von den ionotifischen Verteidigern des Young-Plans als "Bandesverrat" gebrandmarkt wurde.

Was lädt Hugenberg im Frühjahr 1929 auf Grund einer amerikanischen Anstrengung den USA ins Geschehen? Seien wir nach:

"Die Verhandlungen über eine endgültige Regelung der deutschen Kriegsabfälle geben herausragenden Anlaß des amerikanischen Volkes. Gelegenheit, ihre gewichtige Stimme im Sinne einer endlichen Befinnung Europas und damit der Welt in die Waagschale zu werfen.

Diese Befinnung wird nur erreicht, wenn die endliche Regelung den Grundzügen des Vernichtungs- und Geschäftsfelds entspricht und der Leistungsfähigkeit Deutschlands entspricht. Sie wird nur erreicht, wenn Deutschland nicht die Möglichkeit genommen wird, hinter der Kulisse zurückzubleiben, wie es in gleichem Sinne auch die Vereinigten Staaten von Amerika nicht nur selbst wieder sein wollen, sondern auch uns gehören werden zu sein."

Und an anderer Stelle heißt es:

"Deutschland ist nicht in der Lage, die bisherigen Kosten aus eigener Kraft zu tragen. Nur die Anstrengungen, die ihm — in der Hoffnung von Amerika — gegeben wurden, ermöglichen die Zahlung der Tribut an die Alliierten. Aus eigener Kraft hat Deutschland seit dem Dassespott nichts zu zahlen vermocht. Zur Zeit zahlen also die Amerikaner die Trümmer Deutschlands. Sie sind es, die — schwerer ohne bösen Willen, aber trotzdem — den

Militarismus Frankreichs finanziert.

den Engländern ihren Flottenbau ermöglichten. Sie sind es, die auch dem Nazismus in Deutschland die Mittel in die Hand geben, staatspolitisches und wirtschaftspolitisches Experiment zu machen.

Unter der Last der mit Hilfe von Anteilen bezahlten Tribut verarmt Deutschland immer mehr. Es ist eine Lage, daß Deutschlands Wohlstand wächst, sowie es eine Lage ist, daß Deutschland zahlungsfähig sei.

Die wachsende Last der Schulden gefährdet schließlich die Macht, sowie die deutsche Währung. Amelius hat also aus mit Rücksicht auf das in Deutschland angelegte Kapital sein Interesse daran, die Jahreszahlungen über die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu legen.

Die Deutschen wollen die Wirtschaftsordnung der Trockenruhe und der damit verbundene Tribut auf die gesamte Welt ausdehnen, um so dem Deutschen Reich die Mittel in die Hand geben, Staatspolitisches und wirtschaftspolitisches Experiment zu machen.

Unter der Last der mit Hilfe von Anteilen bezahlten Tribut verarmt Deutschland immer mehr. Es ist eine Lage, daß Deutschlands Wohlstand wächst, sowie es eine Lage ist, daß Deutschland zahlungsfähig sei.

Die Deutschen wollen die Wirtschaftsordnung der Trockenruhe und der damit verbundene Tribut auf die gesamte Welt ausdehnen, um so dem Deutschen Reich die Mittel in die Hand geben, Staatspolitisches und wirtschaftspolitisches Experiment zu machen.

Nicht ein Wort hat Hugenberg zurückzunehmen, alles gilt noch heute oder ist durch Laien bereits bestätigt worden. Vor Vertretern der Reichs- und preußischen Behörden, vor Juristen und Politikern aber durfte es am 18. Juni 1929 im Deutschen Reichsbund der Freunde Otto Landsberg wagen, diesen warnenden Brief Hugenbergs als eine Landesverrat-

liche Handlung zu bezeichnen!

Ein politisches Gefängnis.

Danzig, 24. Juni. Die sieben jungen Danziger Stahlhelmler, die am gestrigen Sonntag bei Steinhof an der Grenze zwischen Danzig und dem polnischen Brückenkopf überschritten hatten und von den Polen verhaftet und nach Danzig geschleppt worden waren, sind vor dem Danziger Gericht wegen eines unerlaubten Grenzüberschreitens verurteilt worden. Diese Verurteilung ist um so unglaublicher, als die Grenzübung an dieser Stelle außerordentlich unüblich ist. Polen gehören zwar die Brücke und der östliche Brückenkopf, nicht aber die unter der Brücke liegenden Räume, auf denen die Danziger Bevölkerung sonst ihr Vieh weiden läßt. Auf diesen Räumen unterhalb der Brücke aber erfolgte die Verhaftung der dort spazierengehenden sieben Stahlhelmler, die der Ansicht waren, sich auf Danziger Gebiet zu befinden. Der Danziger Senat hat sich zwecks Klärung des Vorfalls bereits in einer Rolle an die polnische diplomatische Vertretung in Danzig gewandt.

Lange Kreditsrisiken für die Sowjetunion.

Berlin, 24. Juni. Die Vergebung der Sowjetstaatsregierung hat sich bekanntlich verzögert, da man über die Kreditsrisiken nicht einig werden konnte. Jetzt haben, wie der Vorwärts mitteilt, die Verhandlungen zu einer Vereinbarung geführt, wonach für Lokomotiven, Industrielokomotiven, Dieselmotoren und Kräne über eine Kreditsumme von 21 Monaten nicht hinausgegangen werden soll. Für ein größeres Geschäft in Waggonunterstellungen wurde eine Kreditsumme von 28 Monaten vereinbart, da es sich hier um eine Sammelbestellung handelt, die als Gesamtbestellung für den russischen Waggonbau zu ansehen war. Bei Lokomotiven, die zunächst für zwei Millionen Mark nach Russland geliefert werden sollen, hat man sich auf eine Kreditsumme von 24 Monaten geeinigt. Die Vereinbarung bedarf noch der Zustimmung des interministeriellen Ausschusses. Nach dem